

## Zahlen des Monats

### Resultat

Der Arbeitsmarkt floriert, das ist immer eine erfreuliche Entwicklung. Umso vorteilhafter sind die daraus resultierenden Folgen. Da nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Januar 2016 insgesamt 522.000 mehr Menschen in Deutschland erwerbstätig waren als noch ein Jahr zuvor (plus 1,2 Prozent), hat auch die Anzahl der Personen zugenommen, die Beiträge zur Sozialversicherung und damit zur Krankenversicherung leisten und somit die Sozialkassen stützen. Als Ursachen für diese Entwicklung sehen die Statistiker einen guten Konjunkturverlauf und die milde Witterung.

### Rekord

Wer erwerbstätig ist, hat normalerweise auch genügend Geld zur Verfügung. Und das geben die Deutschen immer mehr für den guten Zweck aus. Laut „Bilanz des Helfens“, die der Deutsche Spendenrat vorgestellt hat, spendeten die Deutschen 2015 mit stolzen 5,5 Milliarden Euro so viel wie nie zuvor. Das waren fast zwölf Prozent mehr als im Vorjahr. Das Geld ging an Kirchen und gemeinnützige Organisationen. Experten gehen davon aus, dass der Spendenrekord durch die Flüchtlingskrise bedingt ist.

### Rebellion

In Sachen Hilfsbereitschaft scheint es in Deutschland recht gut bestellt zu sein. Aber es gibt auch Dinge, die Teile der Bevölkerung beharrlich nicht wollen. Zum Beispiel die Nutzung digitaler Techniken. Jeder vierte Bundesbürger (25,3 Prozent) verweigert sich ganz bewusst der digitalen Technik und nutzt möglichst nur Geräte, die nicht computergesteuert sind. Das geht aus einer Umfrage im Auftrag des Apothekenmagazins „Senioren Ratgeber“ hervor. Danach will von den Menschen ab dem Alter von 60 Jahren sogar jeder Zweite im Alltag keine digitale Technik nutzen.

mf

## 11. Berliner Gespräche zum Gesundheitsrecht

### Gröhe: Selektivvertraglich neue Dinge ausprobieren

Für mehr sektorenübergreifende integrierte medizinische Behandlungen hat sich Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) während der 11. Berliner Gespräche zum Gesundheitsrecht Mitte März ausgesprochen. „Wir müssen davon wegkommen, dass Ärzte einzelne Fälle individuell behandeln und sich anschließend abwenden“, sagte Gröhe. „Es muss immer die Gesamtsituation des Menschen gesehen werden.“ Deshalb sei es dringend nötig, dass die Grenzen zwischen den Sektoren kleiner und stattdessen mehr Brücken gebaut würden. „Wir müssen selektivvertraglich neue Dinge ausprobieren“, forderte der Minister.

Gröhe zog bei der Tagung mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Praxis Bilanz über die jüngsten Gesetzgebungsverfahren. Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, dem Krankenhausstrukturgesetz und dem E-Health-Gesetz wurden im vergangenen Jahr drei Gesetze verabschiedet. Weiterhin im Parlament beraten wird der Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen. Wann es hier zu einer Entscheidung kommt, konnte Gröhe nicht sagen. Er betonte aber: „Dass sich das



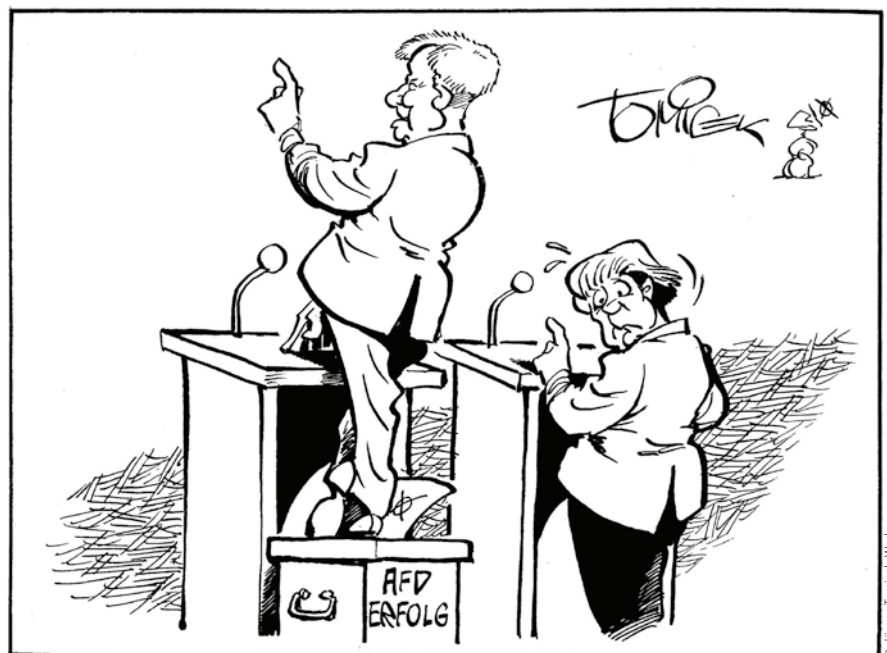
© Aventis/Lopata

Parlament für die Beratung noch Zeit nimmt, zeigt, dass Sorgen und Kritik ernst genommen werden.“

Bedenken kamen auch aus dem Publikum. Vor allem wurde die Kritik laut, dass das Antikorruptionsgesetz schon vor Inkrafttreten Kooperationen zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern kaputt gemacht habe. Doch dem entgegenete Gröhe: „Kooperationen zum Wohl der Patienten sind etwas, was wir wollen.“ Bekämpft werden sollen hingegen gekaufte Therapieentscheidungen.

Eine ausführliche Berichterstattung über die 11. Berliner Gespräche zum Gesundheitsrecht ist in der Mai-Ausgabe des *DFZ* zu lesen.

mf



© Jürgen Tomicek, Wert

WAHLANALYSEN BEI DER UNION